

Steffen Roski

Referat auf der Konferenz „1968 – Eine globale Revolte und ihre Bilanz“

Veranstalter: Bildungsgemeinschaft SALZ e.V. in Kooperation mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Mitveranstalter: Marx-Engels-Stiftung Wuppertal, MASCH Hamburg (Marxistische Abendsschule), sowie die Zeitungen und Zeitschriften ‚junge Welt‘, ‚Lunapark 21‘, ‚Marxistische Blätter‘, ‚scharf-links‘, ‚SoZ‘ - Sozialistische Zeitung, ‚UZ‘ – unsere Zeit, ‚avanti‘.

Dieser Beitrag wurde zum Diskussionsschwerpunkt

“Von Springer zu Bertelsmann, Rolle der Medien und Mediengewalt 1968 und heute“

im Themenblock I, „Rahmenbedingungen damals und heute - Die ‚Enteignet – Mohn‘ – Diskussion“, gehalten.

Gütersloh, 6. – 7. September 2008, „Die Weberei“, Bogenstraße 1-8, Raum: „Atelier“.

Steffen Roski

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

die Regulationstheorie stellt ein Basiskonzept dar, das die Wechselwirkungen von gesellschaftlicher Regulation und wirtschaftlicher Akkumulation paradigmatisch in den Blick nimmt.

Die „68er-Bewegung“ hat ihre gesellschaftliche Sprengkraft sicherlich auch daraus gezogen, dass ihre Protagonisten hellseherisch genug waren, die Krise des Fordismus frühzeitig zu erkennen. Die herrschende Klasse hingegen blieb dem fordistischen Akkumulationsregime (noch) verhaftet und war eingebunden in eine korporatistische Diskursstruktur, deren trianguläre Arrangements zwischen dem Staat und den „Sozialpartnern“ Ausdruck hegemonialen Konsenses waren. Negative Werte und Gegengesellschaftsentwürfe, wie sie die „68er“ ins Spiel brachten, wurden mittels politischer und zuweilen psychischer Pathologisierungstrategien neutralisiert. Ich möchte mich nicht über die Frage auslassen, ob „68“ gescheitert ist oder nicht. Andere können diese Bilanz viel eher ziehen! Für mich ist vielmehr von Interesse, dass mit „68“ die Totenglocken des Fordismus, zwar schwach zunächst, aber doch wahrnehmbar, zu klingen begannen.

Wen wundert es deshalb, dass viele durch „68“ Sozialisierte und in den Institutionen Karrierisierte sich unter postfordistischen Bedingungen recht wohl fühlten. An die Stelle korporatistischer Arrangements sind segmentarisierte und flexibilisierte Aushandlungsprozesse getreten, die neue kommunikative Kompetenzen erforderlich machten. Unternehmerische Formen der Staatsaktivität wie die sogenannten Private Public Partnerships (PPP) machen im Postfordismus die Bürger zu bloßen Kunden, die Leistungen auf Märkten für z.B. Bildung, Gesundheit, Vorsorge und Arbeit nachfragen. Mediengesteuerte Kommunikation sowie eine zunehmende Umwandlung von Staatsfunktionen in private Dienstleitungen bestimmen das Bild einer dezentralen und marktorientierten Regulation auf der Basis flexibler Akkumulation.

Bertelsmann mit Sitz in Gütersloh ist das postfordistische Unternehmen par excellence, weil der Konzern Medienmacht mit einer tertiärisierten Angebotspalette in sich vereint. Dass diesem Konzern über eine Stiftung zudem noch das Kunststück gelingt, im Sinne einer propagierten „Gemeinnützigkeit“ der Zivilgesellschaft als verantwortungsbewusster Eigentümer und damit als idealer Gesamtdemokrat zu erscheinen, gehört zu den Eigenheiten eines politischen Regimes, in dem das „Politische“ längst zugunsten betriebswissenschaftlichen Controllings, Standortrankings, Benchmarks und New Public Management-Konzepten neutralisiert worden ist. Bertelsmann erscheint in dieser postfordistischen Wirtschaftsdemokratie zugleich als Sachwalter des „Demokratischen“, der zugleich an der marktradikalen „Demokratisierung“, sprich: Verbetriebswirtschaftlichung, politisch-staatlicher Prozesse kräftig verdient.

Abschließend stellt sich die Frage, ob der Postfordismus, der als Antwort auf die Krise des Fordismus entstanden ist, selbst einen stabilen Entwicklungszusammenhang darstellt. Vielleicht trägt die heutige Konferenz dazu bei, diesen Zweifel weiter zu nähren. Ich danke Ihnen.